

PRESSEMITTEILUNG

18.6.2013

1 **Staatsgerichtshof weist Antrag der CDU zurück. Landesver-**
2 **band des Wirtschaftsrates bekennt sich zum Universalhafen.**

3 **In seiner Entscheidung vom 17.6.2013 hat sich der Staatsgerichtshof der Freien**
4 **und Hansestadt Bremen für unzuständig erklärt, das landesgesetzliche Um-**
5 **schlagverbot für Kernbrennstoffe auf Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz zu prü-**
6 **fen. Eine Entscheidung in der Sache blieb aus.**

7
8 Bremen. Der Normenkontrollantrag, den die CDU-Fraktion der Bremischen Bürger-
9 schaft gestellt hatte, wurde mit vier zu drei Stimmen vom Landesverfassungsge-
10 richt als unzulässig zurückgewiesen. „Die äußerst knappe Mehrheit von nur einer
11 Stimme und das abgegebene Sondervotum belegen, dass dieses Urteil nicht als
12 Erfolg für den rot-grünen Senat gewertet werden kann“, sagte dazu die Landesvor-
13 sitzende des Wirtschaftsrates Imke Goller-Willberg. Es sei deutlich geworden, dass
14 die Änderung des Hafenerbetriebsgesetzes auf einer sehr dünnen Argumentations-
15 basis stünde und vor dem Bundesverfassungsgericht keinen Bestand hätte.

16
17 Der Staatsgerichtshof hatte seine Entscheidung mit der fehlenden Prüfkompetenz
18 begründet. Die Frage, ob das Landesgesetz vom 31.01.2012 gegen die
19 Kompetenzordnung des Grundgesetzes verstößt und somit verfassungswidrig
20 wäre, wurde in der eigentlichen Entscheidung nicht beantwortet. Viel eher wurde
21 betont, dass Verstöße vorliegen könnten und die Länder sich an die Kompetenz-
22 zuweisung zu halten hätten, die Kontrolle aber allein dem Bundesverfassungsge-
23 richt obliege. „Es ist also nach wie vor offen, wie das Gesetz zu bewerten ist. Als
24 Wirtschaftsrat sehen wir hier einen klaren Verfassungsverstoß“, so Goller-Willberg.

25
26 Diese Ansicht kommt auch in dem abgegebenen Sondervotum zum Ausdruck, wel-
27 chen die Präsidentin Ilsemarie Meier sowie die Richter Alexy und Schlacke formu-
28 liert und vorgetragen hatten. Danach sei das Gericht nicht nur zur Kontrolle beru-
29 fen, sondern müsse auch die Verfassungswidrigkeit des Landesgesetzes feststellen.
30 Ein zentrales Argument dieser Entscheidung ist die Bestimmung, dass die bremi-
31 schen Häfen Universalhäfen seien, die für den Umschlag aller zulässigen Güter
32 genutzt werden dürfen. Diesem Argument schließt sich auch der Bremer Landes-
33 verband des Wirtschaftsrates an. „Es kann nicht sein, dass eine komplette Branche,
34 für welche die Infrastruktur in Bremen vorhanden ist, durch das Verbot vom Wett-
35 bewerb ausgeschlossen wird“, meint dazu die Landesvorsitzende. Darüber hinaus

36 sei unklar, welches Verbot als Nächstes ausgesprochen werden würde. „Gefahrgü-
37 ter und andere unliebsame Stoffe stünden dann stets unter einem Vorbehalt. Dies
38 erzeugt nicht einmal im Ansatz die dringend benötigte Planungs- und Erwar-
39 tungssicherheit für die Unternehmen.“, so Goller-Willberg.

40

41 Mit Blick auf den Unfall Anfang Mai, bei dem im Hamburger Hafen ein Atomfrach-
42 ter in Brand geraten ist, müssen aber nach Ansicht des Wirtschaftsrates auch die
43 Sicherheitskonzepte überarbeitet und Standards erhöht werden. Goller Willberg
44 dazu: „Um dies zu gewährleisten, werden private Unternehmen mit dem entspre-
45 chenden Know-how benötigt. Mit seiner Verbotsstrategie ist der Bremer Senat
46 aber dabei genau jene Expertise aus der Stadt, zu vertreiben“. Das kooperative
47 Miteinander von Bund, Ländern und Unternehmen werde ein zentraler Faktor sein,
48 um den Ausstieg aus der Atomenergie nachhaltig und effektiv zu bewältigen.

49

50 Der Wirtschaftsrat erwartet daher von der CDU in Bremen, sich für das Thema bei
51 der Bundes - CDU einsetzen und die Bundesregierung oder eine Landesregierung
52 zur Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zu animieren. Zwar erklärte sich der
53 Fraktionsvorsitzende Thomas Röwekamp dazu bereit das Urteil in Berlin zur Ver-
54 fügung zu stellen, äußerte aber auch seine Unsicherheit darüber, ob eine schnelle
55 Verarbeitung aufgrund des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes möglich ist.

56

57

58

59 **Über den Bremer Landesverband des Wirtschaftsrat Deutschland e.V.:**

60 Der Wirtschaftsrat vertritt im Land Bremen die Interessen vorwiegend
61 mittelständischer Unternehmen. Er hat in Bremen und Bremerhaven 225 Mitglieder. In
62 Bremen engagiert sich der Wirtschaftsrat u.a. für ein wirtschaftsfreundliches Klima,
63 die Einführung der Schuldenbremse in der Landesverfassung und einen Stopp der
64 Neuverschuldung, eine verbesserte Unterrichtsqualität und eine leistungsfähige
65 Infrastruktur. Landesvorsitzende ist Imke Goller-Wilberg, geschäftsführende
66 Gesellschafterin der human lead GmbH.

67

68 **Pressekontakt:**

69 Susanne Grobien

70 Geschäftsführerin

71 August-Bebel-Allee 1

72 D-28329 Bremen

73 Telefon: (0421) 498 74 29

74 Telefax: (0421) 491 92 90

75 lv-hb@wirtschaftsrat.de